Eigenthum, Druck und Verlag von R. Graßmann.
Annahme von Inseraten Schulzenstraße 9 und Kirchplatz 3.
Redaktion und Expedition Kirchplatz 3.

Abonnement monatlich 50 Pf., mit Trägerlohn 70 Pf.,
auf der Post vierteljährlich 2 Mk., mit Landbriefträgergeld 2 Mk. 50 Pf.
Inserate die Petitzeile 15 Pfennige.

Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe. Freitag, den 1. März 1889. Nr. 101.

Deutschland.

Berlin, 28. Februar. Der Kaiser hatte heute Vormittag zunächst eine Schlittenfahrt unternommen, von der derselbe um 1/2 11 Uhr zum königlichen Schloß zurückkehrte. Bald darauf konferirte der Kaiser mit dem Kriegsminister, arbeitete von 11 1/4 Uhr ab mit dem Generallieutenant v. Hahnke und empfing Nachmittags mehrere Mitglieder der Familie v. d. Goltz, welche für die Verleihung ihres Namens an das 7. pomm. Infanterie-Regiment Nr. 54 ihren Dank abstatteten.

— Der Berliner Korrespondent des „Standard“ erfährt, daß die Anordnungen für den Besuch des Kaisers Wilhelm bei der Königin Viktoria von England schon getroffen sind. Die Zusammenkunft wird, so weit jetzt feststeht, im Juni, wahrscheinlich vor der Begegnung mit dem Zaren, stattfinden. Genaue Einzelheiten lassen sich natürlich noch nicht angeben, da der Schriftwechsel zwischen Berlin und London streng geheim gehalten wird und Umstände eintreten können, welche die Verschiebung des Besuches nöthig machen können. Die Angelegenheit wird in Berlin in hervorragendem Grade als der höheren Politik angehörig angesehen und die Familienbeziehungen kommen dabei erst in zweiter Linie zur Geltung. Die politische Bedeutung der Reise wird in Berlin so sehr als Beweis der Vortrefflichkeit der englisch-deutschen Beziehungen betrachtet, daß man sie schon als abgemachte Sache ansieht.

— Die Kaiserin Friedrich ist, wie ein Telegramm aus **Kiel** meldet, mit den Prinzessinnen-Töchtern heute Vormittag gegen 11 1/2 Uhr daselbst wohlbehalten angekommen. Prinz Heinrich hatte sich zum Empfange seiner hohen Verwandten am Bahnhofe eingefunden und geleitete dieselben nach überaus herzlicher Begrüßung nach dem königlichen Schlosse.

— Zu Ehren des Geburtstagsfestes der Gräfin Wilhelm Bismarck fand gestern ein Ball bei dem Staatssekretär Grafen Herbert Bismarck statt, zu welchem zahlreiche Einladungen ergangen waren.

— Nach einem Telegramm des „H. T. B.“ aus **Petersburg** werden die Gerüchte, nach welchen General v. Schweinitz durch General Werder ersetzt werden soll, sowie daß die Verlobung des Thronfolgers mit der Prinzessin Alice von Hessen rückgängig gemacht worden sei, offiziös dementirt.

— Die Annahme, daß die Neuwahlen zum Reichstage schon im Herbst dieses Jahres stattfinden sollen, tritt immer bestimmter auf.

— Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht die Ernennung des Wirklichen Geheimen Raths, Unterstaats-Sekretärs v. Puttkamer, zum Staatssekretär in Elsaß-Lothringen. Ferner veröffentlicht das amtliche Blatt das Gesetz betreffend die Erhöhung der Krondotation vom 20. Februar 1889.

— Aus **München** wird telegraphisch gemeldet:

Anläßlich des heute stattfindenden 90. Geburtstages des Professors von Döllinger gingen letzterem schon gestern zahlreiche Glückwunschtelegramme zu, unter anderen von der Berliner und Leipziger Universität, der Wiener Akademie und der Oppositionspartei der österreichischen Abgeordneten. Der Kultusminister von Lutz brachte persönlich seine Glückwünsche dar. Der Prinz-Regent übersandte eine prachtvolle Blumenspende, Prinz Wilhelm von Baden übersandte seine Glückwünsche telegraphisch; die Reichsräthe gratulirten theils brieflich, theils persönlich. Weitere Telegramme, Briefe und Adressen gingen ein von dem früheren Gesandten Grafen Werthern, dem Gesandten Grafen Arco (Washington), dem badischen Landesarchiv, der Stadtbibliothek von Metz, den Universitäten Durham (Amerika) und Jena und dem Kirchengeschichtsseminar daselbst, ferner von den Professoren Sickel (Wien), Beyschlag (Halle), Lython (Oxford), sowie von Paul Heyse und dem deutschen Schriftstellerverband. Deputationen entsendeten das altkatholische Komitee, das Gemeindekollegium, die Staatsbibliothek, die Akademie der Wissenschaften im gleichzeitigen Auftrage der historischen Kommission. Der Direktor der Universität war mit dem gesammten Senat zur Beglückwünschung erschienen.

— Die nationalliberale Fraktion des Abgeordnetenhauses veranstaltete gestern zu Ehren ihres Mitgliedes Dr. Hammacher, welcher auf eine 25jährige Thätigkeit als Abgeordneter zurückblickt, ein Fest, bestehend in einem Mittagsmahl im Hotel Monopole:

Die Fraktion war fast vollzählig erschienen, eine Reihe von Gästen hatte sich ihr angeschlossen. Der Vorsitzende des Vorstandes der nationalliberalen Fraktion, Staatsminister a. D. Hobrecht, eröffnete die Reden durch ein begeistert aufgenommenes Hoch auf den Kaiser. Der Redner betonte, daß das vergangene Vierteljahrhundert ganz besonders geeignet sei, uns erkennen zu lassen, was wir an unserem Königshause besäßen. Darauf sprach Herr v. Cuny auf Dr. Hammacher. Er verzichtete darauf, das Lob des Jubilars singen zu wollen, beleuchtete kurz die Zeit, in welcher — eben vor 25 Jahren — Dr. Hammacher in das politische Leben eingetreten sei. Derselbe habe den Zusammenhang des wirthschaftlichen Lebens der Nation mit dem politischen erkannt und für Ziele gekämpft, die wir nun erreicht hätten; er gehöre mit zu den Stiftern der nationalliberalen Partei. Das Hoch, mit welchem der Redner seine Worte schloß, fand lebhaften Widerhall. — Herr Dr. Hammacher entrollte darauf ein lebhaftes Bild des letzten Vierteljahrhunderts. Er ging davon aus, daß es Besseres gäbe, als das parlamentarische Leben. Weihe und Werth erlange dasselbe nur durch den nahen Verkehr der Gesinnungsgenossen mit einander, dadurch, daß ein Bund für das Leben unter Gleichgesinnten geschlossen würde. Genugthuung gewähre es ihm, in der größten Zeitperiode, welche Deutschland und Preußen durchlebt, thätig gewesen zu sein zum Wohle des Vaterlandes. Wenn er sich erinnere an alle Jämmerlichkeiten des deutschen Bundestages, wie damals Deutschland schwach und ohnmächtig gewesen und gezittert habe, wenn ein unfreundliches Wort bei einem Neujahrsempfang in Paris gefallen, und er das heutige Deutschland gegenüberstelle, geeint und mächtig, unzerreißbar und unantastbar, so müsse er sagen, daß die Träume von Deutschlands Größe und Macht erfüllt seien. Im Jahre 1863 für den Wahlbezirk Essen-Duisburg gewählt, habe er die Konfliktszeit mitgemacht, in welcher das formale Recht auf Seiten der Volksvertretung gewesen. Dennoch müsse man eingestehen, daß diese, wie das gesammte Volk damals nicht das genügende Verständniß besessen, um zu erkennen, daß die militärische Machtentwickelung Preußens die Vorbedingung für die künftige Größe und Einheit des Vaterlandes war. Diese Erkenntniß gerade habe demnächst zur Bildung der nationalliberalen Partei geführt, welche in gleicher Weise Wahrung der Freiheiten des Volkes, wie Kräftigung der Machtstellung des Staates erstrebte. Nachdem die Partei durch die Sezession geläutert worden, sei sie es besonders, welche das Heil des Vaterlandes über das Wohl einer einzelnen Partei stelle. Die Rede gipfelte in einem Hoch auf die nationalliberale Partei, welches begeistert aufgenommen wurde. — In humoristischer Weise gedachte darauf Herrn von Eynern der Familie Dr. Hammacher's, wofür der Schwiegersohn desselben dankte. Mancher andere Toast folgte, ehe das schöne Fest sein Ende erreichte.

— Das Zentrum hat den in der Budgetkommission abgelehnten Antrag, das Gehalt der katholischen Geistlichen von 5 zu 5 Jahren um 300 Mark zu erhöhen bis zum Höchstbetrage von 2700 Mark, zur zweiten Berathung des Etats im Plenum wieder eingebracht.

— Auch Vizeadmiral a. D. L. von Henk äußert sich jetzt über den neuen Flottenbauplan. Im jüngsten Heft „Vom Fels zum Meer“ unterwirft er die Schiffsbauten der deutschen Marine einer scharfen Kritik. Er meint, es wäre in volkswirthschaftlicher wie in militärischer Beziehung ungleich vortheilhafter gewesen wenn die Marineverwaltung seit 1883 jährlich ein Panzerschiff von einer gewissen Kasse auf Stapel gelegt hätte, „statt so lange auf Verbesserungen zu warten, bis wir, wie jetzt, so außerordentlich im Rückstande sind, daß wir die Lücke mit einem immerhin bedeutenden Kostenaufwande, mit größter Eile auszufüllen bestrebt sein müssen“. Auch Admiral von Henk ist der Meinung, daß gerade bei dem raschen Fortschreiten der Technik eine umfassende Benutzung der gefundenen Verbesserungen sich eher bei langsamer Arbeit hätte erreichen lassen, ganz abgesehen davon, daß dieselbe sich auch wesentlich billiger ausführen läßt. Hinsichtlich der Neubauten bemerkt Henk: Wie das neue Schiffsmaterial beschaffen sein soll, haben die Fachleute unter besonderer Berücksichtigung unserer Verhältnisse zu bestimmen. Die große Summe für Kreuzerkorvetten (38 1/2 Millionen) ergebe sich wohl aus der Kolonialbestrebung des Reiches. Was ferner die Unsicherheit in der Auswahl der Typen der Schlachtschiffe bezw. deren Konstruktion 2c. und die unter den Fachleuten herrschenden Meinungsverschiedenheiten über die zweckmäßigste Bauart der Schiffe betrifft, mit denen man die Verzögerung neuer Panzerschiffe für die deutsche Marine zu entschuldigen suchen möchte, so ist dies heute noch gerade so wie vor fünf Jahren. — Der Bau des letzten, 1882 auf Stapel gelegten Panzerschiffes „Oldenburg“ kennzeichnet sich als ein unverzeihlicher Fehler der Marineverwaltung, da dieses Schiff weder in Bezug auf Schnelligkeit, Panzerstärke, noch Bewaffnung den damaligen Anforderungen mehr entsprach. Man baute bereits Schlachtschiffe von 8—10,000 Tonnen Deplazement mit 15—17 Seemeilen Fahrgeschwindigkeit per Stunde; der „Oldenburg“ gab man auf 5200 Tonnen Deplazement nur Maschinen von 3900 Pferdekräfte, womit man eine Geschwindigkeit von thatsächlich nur 13 Seemeilen per Stunde erreichte. Man war ferner damals bei 50—55 Zentimeter Panzerstärke angekommen; die „Oldenburg“ erhielt 20—33 Zentimeter. Während man die Schlachtschiffe damals mit 80—100-Tonsgeschützen bewaffnete, erhielt die „Oldenburg“ nur sechs 18-Tonsgeschütze neben zwei 4-Tonsgeschützen, zwei 8 Zentimeter-Kanonen und sechs Revolverkanonen. Henk macht des Weiteren darauf aufmerksam, daß man 1885 einen Kreuzer — die „Charlotte“ — vom Stapel ließ, welchem man auf 3360 Tonnen Deplazement nur 3000 Pferdekräfte gab, der also nicht mehr als 14 Knoten laufen kann. Und dies zu einer Zeit, da bei andern Nationen für einen Kreuzer bereits 18 Knoten verlangt wurden. Henk macht in erster Linie die beispiellose Zentralisation für solche Vorkommnisse verantwortlich. Allerdings war in der letzten Organisation unserer leitenden Marinebehörde 1872 ein Generalinspekteur und ferner ein aus einer Reihe von Seeoffizieren und Technikern zu bildender „Admiralitätsrath“ als berathendes Organ vorgesehen, wie dies auch in anderen Marinen der Fall ist, allein die Stelle der ersteren ging mit dem Tode des Prinzen Adalbert ein, der Admiralitätsrath ist seit 1872 höchstens zwei Mal berufen und dann nach dem Ermessen des damaligen Chefs der Admiralität zusammen gesetzt worden. Man kann Admiral Henk nur beipflichten, wenn er sagt: „Besteht ein von dem Chef der Admiralität unabhängiger, zum direkten Vortrag bei Seiner Majestät berechtigter Generalinspekteur, ferner ein Admiralitätsrath, dessen Mitglieder durch Allerhöchste Kabinetsordre berufen werden, dann müssen Mißstände bei Zeiten ans Licht kommen.“

— Die „Köln. Ztg.“ schreibt: Wer täglich die französischen Blätter liest, gewöhnt sich, den in den meisten zu Tage tretenden oder durchschimmernden Deutschenhaß als das nothwendige Salz des französischen Zeitungsbreies zu betrachten, und wer Gelegenheit hat, mit französischen Zeitungsschreibern zu verkehren, wird erfahren, daß sie häufig insofern schlechte Vertreter der öffentlichen Meinung Frankreichs sind, als sie die mit Recht gerühmte französische Höflichkeit in ihrer Person sehr mangelhaft verkörpern. Wem jedoch die Gepflogenheiten der französischen Journalisten fremd sind, wird sich darüber so wundern, wie einer unserer Leser, dem auf seinen Auftrag, in der in Paris erscheinenden „France“ eine Geschäftsanzeige einzurücken — es handelte sich um den Ankauf französischer Waaren —, folgende Antwort wurde:

„Mein Herr! Wir sind bereit, die Anzeige, um deren Aufnahme Sie uns ersuchen, einzurücken; indessen möchte Ihnen der Preis für die Aufnahme vielleicht etwas hoch erscheinen. Er beträgt nämlich fünf Milliarden Franken, die Sie uns gütigst vorausbezahlen wollen und die wir dann der französischen Regierung geben werden als Entschädigung für die fünf Milliarden, die Sie und Ihre Freunde uns im Jahre 1871 gestohlen haben. Im übrigen theile ich Ihnen mit, daß ich, falls Sie dieses Abkommen nicht annehmen, darüber wachen werde, daß Ihre Anzeige in keiner anderen Zeitung Frankreichs Aufnahme findet. Bleiben Sie zu Hause, mein lieber Deutscher, das ist das beste, was sie thun können. Ich habe nicht die Ehre, Sie zu grüßen

Lucien Nicot, Redakteur an der France.“

Wir wiederholen, daß wir nicht die französische Nation für die Flegelhaftigkeit eines Einzelnen verantwortlich machen. In Pariser Journalistenkreisen wird man sich übrigens wundern, wie ungeheuerlich hoch die Ansprüche, die der Herr Nicot für seine Leistungen stellt, im Preise gestiegen sind; früher soll dieser Herr ganz erheblich billiger gewesen sein. Die größte Niederträchtigkeit des Schreibens liegt natürlich in der angedrohten spionenhaften Ueberwachung der anderen Zeitungen; dagegen ist die Uneigennützigkeit anzuerkennen, womit nach erfolgter Zahlung der fünf Milliarden die Anzeige selbst, wie es den Anschein hat, unentgeltlich aufgenommen werden soll.

— Englische Blätter berichten einige Einzelheiten über die Ermordung des Engländers Brooks, welche am 21. Januar in Mkange erfolgte, als er den Weg nach der ostafrikanischen Küste einschlagen wollte. Einer der Träger des Herrn Brooks hat dem Agenten der Londoner Missionsgesellschaft in Sansibar gegenüber die folgenden Aussagen gemacht:

„Als wir von Mamboia fortzogen, bestand die Karawane aus Herrn Brooks, 24 Wanyam-Wezi und 10 Sansibariten. In Semagombe schrieb Herr Brooks einen Brief und schickte ihn durch zwei seiner Leute an Bwana Heriat in Saadani ab. Herr Brooks zog mit der Karawane von Semagombe nach Mkange. Die Boten kehrten am 20. Januar nach dem letzten Orte zurück. Sie berichteten, daß ihnen ihre Gewehre in Saadani genommen wären; sie brachten aber keine Antwort auf Herrn Brooks Schreiben. Herr Brooks beschloß darauf, am nächsten Tage nach Mamboia zurückzukehren. Als er am Montag bei Sonnenaufgang Thee vor seinem Zelte trank und die Träger das Gepäck packten, kam eine Schaar bewaffneter Männer von Wazeguha und Saadani an das Zelt. Herr Brooks fragte sie, was sie wollten, und sie sagten: „Wir bitten Dich um Nachrichten aus dem Innern und wollen Dir Nachrichten von der Küste geben.“ Einer der Leute nahm darauf Herrn Brooks bei der Hand, als ob er sie schütteln wollte, während ein anderer einen Schuß von hinten und ein Dritter einen in die Brust gegen ihn abfeuerte. Nachdem Herr Brooks gefallen war, schnitt ihm Einer mit einem Messer ein Ohr ab. Ich floh darauf in den Busch und erreichte Saadani auf der Straße von Bagamoyo und fuhr zu Schiffe von dort nach Sansibar. Als Herr Brooks angegriffen wurde, vertheidigten ihn seine Wanyam-Wezi's und Sansibariten tapfer. Die Meisten aber wurden getödtet. Die Leute, welche Herrn Brooks ermordeten, gehörten zum Stamme der Bwana Heri.“

Kiel, 26. Februar. Der Expedition des Hauptmanns Wißmann nach Ostafrika werden sich von der kaiserlichen Marine vier Bootsmannsmaate und fünf Obermatrosen anschließen, welche sich hierzu freiwillig gemeldet haben. Dieselben erhalten bei ihrem Eintritt eine vollständige Tropenausrüstung und 300 bezw. 250 Mark monatliches Gehalt, von welchem sie ihren Unterhalt bestreiten müssen. Sie sollen als Führer von Dampfbooten und Pinassen Verwendung finden und werden im Laufe des nächsten Monats von Hamburg aus die Reise antreten. Wie vorauszusehen, hatte sich eine weit größere Anzahl Freiwilliger zu diesen Stellungen gemeldet, da, wie verlautet, die Marinedienstzeit für ihre spätere Pensionirung in Anrechnung kommt.

Ausland.

Wien, 27. Februar. Im Abgeordnetenhause begann heute die Budgetdebatte. Es sind 37 Redner dagegen und 42 dafür angemeldet. Heute nahmen das Wort: Carneri, Jaworsky, Schar-

schmidt, Herold und Lenbacher. Morgen Fortsetzung.

Paris, 27. Februar. Der in der Deputirtenkammer am 26. Februar gestellte Antrag Lafonts auf Verhinderung plebiszitarischer Umtriebe ist hauptsächlich gegen die mehrfache Kandidatur gerichtet; als Grund wird angeführt, daß seit einem Jahre der Wähler nicht mehr darauf ausgehe, einen Deputirten zu wählen, sondern einen Führer zu nennen. Der Antrag ist offenbar gegen Boulanger gerichtet, und der Boulangist Le Herissee suchte die Prüfung des Antrages zu überstürzen, indem er die Dringlichkeit beantragte, während der Antragsteller eine ernste Erwägung der Sache bezweckte. Cassagnac schloß sich der Dringlichkeit an, da der Antrag das allgemeine Stimmrecht knebeln wolle. Justizminister Thevenet widersprach dem, überließ jedoch in Betreff der Dringlichkeit der Kammer die Entscheidung. Nach heftigen Erörterungen wurde die Dringlichkeit zurückgezogen und der Antrag selbst an die Bureaux verwiesen. Der Antragsteller hat also seinen Zweck, wo nicht der Annahme, so doch der ernstlichen Prüfung des Verbotes mehrfacher Kandidaturen erreicht. Die Mitunterzeichner desselben sind Mitglieder der radikalen und der äußersten Linken. Der „Matin“ hat sich bei Lafont über die Absicht seines Antrages näher unterrichtet und erfahren, daß er den Antrag bereits seit längerer Zeit beabsichtigt, auch der Präsident des letzten Kabinets davon unterrichtet war und sich demselben geneigt erwiesen habe. Die Absicht sei, daß bei den allgemeinen wie bei den Einzelwahlen Niemand mehr als in zwei Wahlkreisen zugleich als Kandidat auftreten und daß es einem Deputirten untersagt sei, im Laufe einer Legislaturperiode seinen Abschied zu nehmen und sich in einem anderen Wahlkreise aufzustellen als in demjenigen, den er vor seinem Abschiede vertreten habe. Ein Kandidat soll spätestens 5 Tage vor der Wahl eine Erklärung abgeben, in welchem Wahlkreise er auftritt; der Präfekt hat diese Erklärung an den Minister des Innern zu telegraphiren und dieser binnen 24 Stunden zu erklären, ob die Kandidatur in Uebereinstimmung mit dem Gesetze sei oder nicht; erst dann kann der Drucker dem Kandidaten seine Wahlbulletins ausfertigen. Dieses Gesetz bezieht sich auch auf „illegale“ Kandidaten, die das Gesetz verletzen. Die Antragsteller verwahren sich gegen die Absicht, das allgemeine Stimmrecht beschränken zu wollen und Gemeinschaft mit den Plebiszitariern zu haben. Es ist nicht zu verkennen, daß das Aufstellen von mehreren Kandidaturen, wie Boulanger und die Boulangisten verfahren und bei den bevorstehenden nächsten allgemeinen Wahlen erst recht verfahren werden, etwas Verwirrendes hat, abgesehen von der Tragweite, daß ein Kandidat wie Boulanger in hundert und mehr Wahlkreisen zugleich auftreten kann und wird, um seine Beliebtheit bei dem Volke durch das allgemeine Stimmrecht bestätigen zu lassen.

Paris, 27. Februar. In der gestrigen Sitzung des Pariser Gemeinderaths wurde der Seine- und der Polizeipräfekt aufgefordert, alle der Republik feindlichen Beamten ihrer Verwaltungen zu entlassen. Die beiden Präfekten erklärten, daß sie in dieser Beziehung namentlich gegen die Boulangisten ohne Schonung vorgehen werden; eine Tagesordnung in diesem Sinne wurde hierauf mit 58 gegen 11 Stimmen angenommen.

Die „Corr. Havas“ meldet: „Nach einem heute gefaßten Beschluß wird der Ministerrath die Deputirtenkammer ersuchen, ein von einem frühern Ministerium vorbereitetes Verbot aufrührischer Rufe auf ihre Tagesordnung zu setzen. Es erscheint wichtig, daß die Rechtsprechung festgestellt werde, da verschiedene Beschlüsse von Präfekten über diesen Punkt als nichtig erklärt worden sind, weil kein förmliches Gesetz hierüber besteht.“

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 1. März. In der gestern abgehaltenen 9. ordentlichen General-Versammlung der Stettiner Straßen-Eisenbahn-Gesellschaft wurde 1) der Geschäfts-Bericht pro 1888 entgegengenommen, 2) Decharge für das 9. Geschäftsjahr ertheilt, 3) die Dividende pro 1888 auf 2 pCt. festgesetzt, 4) die nach dem Turnus ausscheidenden Aufsichtsraths-Mitglieder, die Herren Konsul Abel, Konsul Heegewaldt und Dr. Dohrn wiedergewählt, 5) die Auslosung von Mark 8000 Obligationen zum nächsten Zinszahlungs-Termine beschlossen.

— Im Stadttheater eröffnet am Sonntag der so schnell berühmt gewordene Wundertenor Werner Alberti als Manrico in Verdi's „Troubadour“ ein Gastspiel, welches von höchster Bedeutung sein dürfte. Werner Alberti ist nach den uns vorliegenden Berichten maßgebender Musikkritiker eine wirklich phänomenale Erscheinung, was die außerordentliche Kraft und den Schmelz seiner wunderbaren Stimme anbetrifft. Wir werden ja hören, ob sich diese Berichte bewahrheiten, jedenfalls aber kann der noch sehr jugendliche Künstler nach seinem von glänzendem Erfolge begleiteten Gastspiele an der kaiserlichen Hofoper in Wien das vollste Interesse des Publikums beanspruchen. — Der demnächst im Stadttheater stattfindende Opern-Cyklus, welcher ursprünglich nur dem großen Meister Richard Wagner gewidmet war, bringt jetzt auf vielfachen Wunsch des Publikums nur „Lohengrin“, „Walküre“ und „Die Meistersinger“ von Richard Wagner, außerdem sind jetzt noch „Silvana“, „Carmen“ und „Hans Heiling“ in den Cyklus aufgenommen worden. Jedenfalls findet dieser Opern-Cyklus in der veränderten Kombination allgemeinen Anklang.

— Vor einigen Jahren war es, als wir von einem Stettiner Landsmann, Herrn Franz San Galli in Petersburg, der zu den russischen Großindustriellen ersten Ranges zählt, berichteten, daß er in Anerkennung seiner Verdienste, deren Schwerpunkt auf der Ingenieur-Technologie beruhte, in den Adelstand erhoben wurde. Seiner genialen Veranlagung gemäß, die ihn rastlos antrieb, sich auch als nutzbringender Förderer für Gemeinde und Staat thätig zu erweisen, hat er nun auch auf diesem Felde mit der ihm eigenartigen Durchdringung seines logisch geschulten Verstandes, im Verein einer Willenskraft der Intelligenz, welche ihn weitgesehen macht, derartige gedeihliche Erfolge für die zweckdienlichste Entwickelung der Allgemeinheit erzielt, daß, abgesehen von der Auszeichnung, von Seiten des Unterrichtsministers zum Ehrenmitglied des technologischen Instituts ernannt worden zu sein, die Gnade des Kaisers sich dadurch kund gab, unseren genialen Landsmann zum wirklichen Staatsrath, Excellenz zu ernennen. Das Deutschthum ist somit im Zarenreich keineswegs verpönt, sobald es als impulsgebender Sporn sein redliches, verständnißreiches Wollen, wie sein inspirirtes schöpferisches Können der nationalen Eigenart der russischen Allgemeinzustände und Forderungen ehrlich zur Verfügung stellt.

— Bekanntlich liegt es in der Absicht der königlichen Staatsregierung, die Dienstalterszulagen für Lehrer und Lehrerinnen, welche gegenwärtig in Beträgen von 100, 200 und 300 Mark für die ersteren und 70, 140 und 210 Mark für die letzteren nach bezw. 12, 22 und 32 Dienstjahren gezahlt werden, vom 1. April 1889 ab nach bezw. 10, 20 und 30 Dienstjahren zu gewähren. Der Bedarf hierfür beträgt jährlich 4,800,000 Mark und sind die demnach nothwendig gewordenen Mehrforderungen in den Etat für 1889/90 eingestellt. Während nun nach dem bisherigen Modus 20,182 Lehrer und 1160 Lehrerinnen zum Bezuge von staatlichen Dienstalterszulagen berufen waren, wird sich nach einer vom Kultusministerium angestellten Erhebung vom 1. April 1889 ab die Zahl dieser Lehrer auf 23,474 und diejenige dieser Lehrerinnen auf 1460 erhöhen. Und zwar werden sich unter den ersteren befinden Lehrer, welche eine Dienstzeit von 10—20 Jahren zurückgelegt haben 9234, solche mit einer Dienstzeit von 20—30 Jahren 6910 und solche mit einer Dienstzeit von 30 Jahren und darüber 7330, unter den Lehrerinnen mit einer Dienstzeit in derselben Reihenfolge 965, 334 und 161 Lehrerinnen.

— Postdampfer „Slavonia“ der Hamburg-Amerikanischen Packetfahrt-Aktien-Gesellschaft (Linie Stettin-Newyork), welcher am 9. Februar Nachmittags von Swinemünde abgegangen, ist am 26. Februar Morgens wohlbehalten in Newyork angekommen.

— Landgericht. Strafkammer 1. — Sitzung vom 28. Februar. — Von mehreren z. Z. bei dem hiesigen Landgericht schwebenden Preßprozessen kam heute der erste zur Verhandlung; derselbe war gegen den Redakteur F. Klug und den Reporter Schumacher wegen angeblicher Beleidigung des Schutzmanns Ehlert gerichtet. Der Thatbestand der Anklage ist folgender: Durch Urtheil des hiesigen königl Landgerichts vom 1. Dezember 1887 wurde ein Kutscher wegen Widerstandes gegen den Schutzmann Ehlert zu 5 Mark Geldstrafe event. 1 Tag Gefängniß verurtheilt. Die Strafe wurde so gering bemessen, weil der Gerichtshof für erwiesen annahm, daß der Schutzmann Ehlert in Folge des Widerstandes dem Kutscher mit dem Säbel verschiedene Hiebe über den linken Oberarm versetzt habe, so daß derselbe mehrere blutige Wunden erhielt. Diese Behandlung hatte zur Folge, daß gegen den Schutzmann Ehlert eine Anklage wegen Mißhandlung im Amt erhoben wurde. In dem am 25. September v. Js. vor der Strafkammer 1 anstehenden Termin erfolgte jedoch Freisprechung. In den Urtheilsgründen hob der Gerichtshof hervor, daß sich der Schutzmann Ehlert zwar durch den Widerstand zu einer brutalen Handlungsweise habe hinreißen lassen, da der Widerstand durch leichtere Mittel zu beenden gewesen wäre, aber strafrechtlich konnte gegen denselben nicht eingeschritten werden, da sich der Schutzmann im Gebrauche ihm dienstlich zustehender Befugnisse befunden habe. Ueber diese Verhandlung brachte der hiesige „General-Anzeiger“ in seiner Nr. 226 vom 26. September v. J. einen Bericht, in welchem, wie auch die königl. Staatsanwaltschaft anerkannte, die von dem Vorsitzenden des Gerichts verkündeten Urtheilsgründe im wesentlichen richtig wiedergegeben waren, der aber trotzdem der Staatsanwaltschaft Veranlassung zu einer Anklage wegen Beleidigung des Schutzmanns Ehlert gab, weil der Artikel objektiv Beleidigendes enthalten sollte. Der Reporter Schumacher als Schreiber des betr. Artikels und der Mitangeklagte Klug als verantwortlicher Redakteur des „General-Anzeigers“ wurden zur Rechenschaft gezogen und der Vertreter der kgl. Staatsanwaltschaft hielt auch in der heutigen Sitzung die Anklage aufrecht und beantragte gegen jeden der Angeklagten 50 Mark Geldstrafe. Der Gerichtshof erkannte jedoch auf Freisprechung. Es wurde anerkannt, daß in dem Artikel nur das und sogar in abgeschwächter Form wiedergegeben, was öffentlich publizirt sei. Es könne sich nur fragen, ob die Angeklagten das Bewußtsein einer Beleidigung gehabt hätten oder ob der Presse das Recht zustände, thatsächliche Mittheilungen zu veröffentlichen. Der Gerichtshof schloß sich letzterer Ansicht an und kam in Folge dessen zu einem freisprechenden Urtheil.

Aus den Provinzen.

Stolp, 27. Februar. Ein gräßlicher Unglücksfall hat sich gestern auf der Haltestelle Lieschnitz ereignet. Als dort Nachmittags der von Danzig kommende Zug einfuhr, stieg der Schaffner Karsten aus Stolp von seinem Thurm herunter, glitt aus und fiel unter die Räder des noch in der Fahrt befindlichen Zuges. Gräßlich verstümmelt wurde er unter denselben hervorgezogen; ihm waren beide Arme abgefahren, sowie das rechte Bein zweimal — am Oberschenkel und am Unterschenkel — durchschnitten. Der Tod ist sogleich eingetreten und wurde die Leiche nach hierher befördert, wo sie heute Vormittag vom Bahnhof in die K.'sche Wohnung gebracht wurde. — Zwei Eisenbahnwagen sind gestern Nachmittag kurz vor Schübben-Zanow entgleist. In dem einen befand sich eine Leiche, die von Stolp nach Köslin übergeführt wurde; der andere Wagen war mit Vieh beladen. Von hier aus wurde ein Hülfszug nach der Unfallstelle entsandt, um die Wagen wieder in das Geleise zu heben.

— (Ein Sittenbild aus Hinterpommern.) Die Bürgerressource von Falkenburg veranstaltete kürzlich eine Schlittenfahrt nach Dramburg, die zuerst recht lustig verlief, bei der Rückkehr aber auf Hindernisse stieß, von denen die „Falkenb. Ztg.“ folgende fast unglaubliche Schilderung giebt. In empörendster Weise wurden die Falkenburger Gäste von dem zusammengerotteten Janhagel Dramburgs mit gehärteten Schneebällen und Eisstücken auf der Fahrt durch die Straßen beworfen; an einem Schlitten wurden die Laternen zertrümmert, einzelne Lenker der Gefährte wurden derart im Gesicht getroffen, daß sie die Leine nicht mehr führen konnten. Die Damen wurden ganz besonders durch Würfe in Gesicht und Nacken ausgezeichnet; dieses Alles wurde von einem unbeschreiblichen Lärm, verbunden mit rohen Drohungen, begleitet, aus denen man Worte, wie: „Schmeißt die Falkenburger Hunde; raus mit ihnen“ u. s w., heraushören konnte. Nach vielen Mißhelligkeiten — manche Schlittenlenker mußten absteigen, weil die Pferde durchgehen wollten oder um sich mit der Peitsche in der Hand gegen den Janhagel zu schützen — erreichte man endlich die Chaussee, und man war froh, einem größeren Unglück, als zertrümmerte Laternen und Kopf- und Gesichtsbeulen, entgangen zu sein. Die Polizei war zwar an der Stelle und waltete insofern eifrig ihres Amtes, als sie die Besitzer derjenigen Gefährte, welche die polizeilich vorgeschriebenen Laternen nicht hatten, notirte. Der anwesende Polizist soll aber sogar, nachdem er schon den Leiter der Partie in der unhöflichsten Weise behandelt hatte, die Worte gebraucht haben: Ich werde Euch Falkenburgern anstreichen, nach Dramburg zu kommen. Ob dies richtig ist (was wir bis auf Weiteres denn doch stark bezweifeln möchten) wird die vom Bürgermeister von Falkenburg bei der Dramburger Polizeiverwaltung und dem Landrathsamt veranlaßte Untersuchung ergeben.

Kunst und Literatur.

Theater für heute. Stadttheater: Zu kleinen Preisen. Gastspiel des Frl. Sophie Wiesner vom Stadttheater in Köln a. Rh. Zum letzten Male in dieser Saison. „Der Freischütz.“ — Bellevuetheater: „Liane, die zweite Frau.“

Für Lederarbeiter, Buchbinder, Vergolder rc. ist ein Werk von großer Wichtigkeit erschienen: Bender, Original-Entwürfe für geschnittene und gepunzte altdeutsche Lederarbeiten, darstellend praktisch ausführbare Gebrauchs- und Luxusgegenstände für Kunst-Gewerbetreibende und Dilettanten. Leipzig bei Gustav Fritzsche. Heft I à 2,50 Mark. Wir können das Werk warm empfehlen; die Entwürfe sind wirklich schön, der Preis 2,50 Mark für 6 Tafeln in Groß-Folio Buntdruck ist erstaunlich billig. [30]

Vermischte Nachrichten.

Berlin, 28. Februar. Das überlaute Ausrufen von Zeitungen und Extrablättern wird jetzt als grober Unfug und ruhestörender Lärm (§ 360 Al. 11 Str.-G.-B.) angesehen und bestraft. Der Handelsmann Selm hatte sich gestern deswegen vor dem Amtsgericht 1 zu verantworten und wurde zu 3 Mark Geldstrafe verurtheilt.

— (Aufthauen von gefrorenem Boden.) Man schreibt der „Saale-Ztg.“: Wenngleich die Bauarbeiten im Winter meistens ruhen, so wird der Techniker doch zuweilen in die Lage versetzt, Arbeiten in gefrorenem Boden ausführen zu müssen. Ein einfaches und sehr wirksames, scheinbar aber noch wenig verbreitetes Mittel, gefrorenen Boden aufzuthauen, besteht in der Anwendung von frisch gebranntem Kalk. Die Menge des zu verwendenden Kalkes richtet sich selbstverständlich danach, wie tief der Frost in den Boden eingedrungen ist. Als Anhalt diene, daß für ein Loch von etwa 0,7 Meter Weite und ebensoviel Tiefe 200 bis 250 Liter genügen. Man gieße zunächst nur so viel Wasser zu, daß der Kalk nicht zerfließt, sondern als steifer Brei stehen bleibt. Denn der Theorie nach wird die größte Wärmemenge entwickelt, wenn dem Kalk nur so viel Wasser zugesetzt wird, als zur Ueberführung des Kalciumoxyd in Kalkhydrat erforderlich ist, d. i. 18 Gewichtstheile Wasser auf 56 Gewichtstheile Kalk, da überschüssiges Wasser nur dazu dienen würde, einen Theil der hervorgebrachten Wärme in sich aufzunehmen. Die Wärme kann aber durch den schlechtleitenden Boden nur sehr wenig nach unten wirken, und aus diesem Grunde muß ein Theil überschüssigen Wassers vorhanden sein, welcher in den Boden einsickert und so die Wärme in die Tiefe leitet. Damit das Wasser nicht seitwärts abfließt, umgiebt man den Kalk mit einem niedrigen Wall von Sand. Sodann deckt man den Haufen, um die sich entwickelnde Wärme möglichst zurückzuhalten, sobald das Löschen gut im Gange ist, mit alten Säcken oder einer dünnen Sandschicht zu. Der Vorgang dauert etwa acht bis zehn Stunden, und der Kostenersparung wegen thut man daher gut, am Abend vor dem Beginn der eigentlichen Arbeit mit dem Löschen anzufangen, da bei schleunigst auszuführenden Arbeiten, wie sie z. B. bei Rohrbrüchen von Wasserleitungen vorkommen, die oben angegebene Kalkmenge verdoppelt werden muß. In diesem Falle genügen etwa drei Stunden, um die in unserem Klima durchschnittlich vorkommenden Frosttiefen zu durchdringen. Bei ausnahmsweisen starken, auf einmal nicht aufzuweichenden Frostschichten wird der Vorgang auf dem Grunde des Loches wiederholt. Das Verfahren wird von den Berliner Wasserwerken bereits seit längerer Zeit mit gutem Erfolge angewendet und dürfte sich ganz besonders da empfehlen, wo der Boden mit Pflaster befestigt ist, da die Hitze nicht über 100 Grad C. steigt und daher nicht, wie dies bei Holz- und Kohlenfeuer sehr häufig der Fall ist, das Steinmaterial zerstören wird.

Schiffsbewegung.

Der Schnelldampfer „Ems“, Kapt. Th. Jüngst, vom Norddeutschen Lloyd in Bremen, welcher am 16. Februar von Bremen und am 18. Februar von Southampton abgegangen war, ist am 26. Februar, 7 Uhr Morgens, wohlbehalten in Newyork angekommen.

Bankwesen.

(Berlin-Anhaltische Eisenbahn-Prioritäten La. C. von 1875.) Die nächste Ziehung findet im März statt. Gegen den Koursverlust von ca. 4½ pCt. bei der Auslosung übernimmt das Bankhaus Karl Neuburger, Berlin, Französische Straße 13, die Versicherung für eine Prämie von 7 Pf. pro 100 Mark.

Verantwortlicher Redakteur: W. Sievers in Stettin.

Telegraphische Depeschen.

Posen, 28. Februar. Die Stadtverordneten haben mit Rücksicht auf den hohen Stand der Warthe und bei den wegen einer etwa eintretenden Ueberschwemmung gehegten Befürchtungen 1000 Mark zur Vornahme von Eissprengungen und weitere 12,000 Mark für Vorbereitungen zur Verhütung von Hochwasserschäden bewilligt.

Kiel, 28. Februar. Der Professor der Philosophie an der hiesigen Universität, August Krohn, ist gestern in Wiesbaden gestorben.

Bern 28. Februar. Die Regierung des Kantons Tessin hat dem Bundesrathe erklärt, daß sie sich nicht veranlaßt sehe, seinen Weisungen mit Bezug auf die Erledigung der Wahlrekurse nachzukommen.

Paris, 28. Februar. Die Patriotenliga hat im Namen ihrer angeblich 240,000 Mitglieder eine Erklärung veröffentlicht, in welcher sie sich auf's heftigste gegen das Vorgehen der Regierung gegen Atschinow in Sagallo ausspricht und für die Familien der Todten und Verwundeten eine Subskription eröffnet.

Rom, 28. Februar. Nach der „Pol. Korr.“ ist es wahrscheinlich, daß bei einer event. Rekonstruktion des Ministeriums Crispi die Minister Perazzi (Finanzen) und Saracco (Bauten) zurücktreten werden.

London, 28. Februar. Auf der Trunkeisenbahn bei St. George stürzten drei Wagen eines Schnellzuges einen steilen Damm herab, wodurch gegen 35 Personen getödtet worden sein sollen.

London, 28. Februar. In einem Leitartikel drückt die „Times“ wiederholt ihr aufrichtiges Bedauern über die Veröffentlichung der gefälschten Briefe Parnell's aus und erklärt zugleich, daß, nachdem die Briefe zurückgezogen seien, die Untersuchung des übrigen Theiles der Anklagen ihren Fortgang nehme.

London, 28. Februar. Die „Times“ meldet aus Sansibar: Das Verbot der Einfuhr von Lebensmitteln an der deutschen Küste von Saadani bis Kilwa ist amtlich publizirt. Die Erzwingung des neuen vom Sultan erlassenen Verbots der Einfuhr von Waffen und Munition ruft Aufregung und große Unzufriedenheit unter den Arabern hervor. Der Dampfer „Schwan“ ist nach Bagamoyo weitergefahren.

Athen, 27. Februar. Der König hat das Entlassungsgesuch des Unterrichts-Ministers Maneta angenommen und den Marineminister Theotokis mit dessen Stellvertretung einstweilen betraut.

Wasserstand.

Oder bei Breslau, 27. Februar, 12 Uhr Mittags, Unterpegel — 0,33 Meter. — Warthe bei Posen, 27. Februar, Mittags, 2,00 Meter, bei Pogorzelice, 27. Februar, 1,62 Meter.